D-01-430

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 429 bis 434:
letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Auch die Bundesregierung hat in finanzpolitischen Fragen oder durch die anfänglichen Exportbeschränkungen für medizinische Produkte, als insbesondere Italien dringende Hilfe benötigte, Vertrauen in die europäische Solidarität verspielt – Vertrauen, das infolge vorangegangener Krisen ohnehin unter erheblichen Druck geraten war. Die ~~Pandemie darf~~ Zustimmungsraten zur europäischen Integration liegen aktuell selbst in traditionell pro-europäischen Ländern wie Italien auf einem Tiefststand.

Die Bundesregierung steht hier in besonderer Verantwortung. Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern muss sie sicherstellen, dass sich die Spaltung in der EU durch die Pandemie nicht noch weiter verschärf~~en~~t. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Wenn die Bundesregierung die Krisenbewältigung nicht konsequent europäisch angeht, droht neue soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit insbesondere in süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – droht letztlich ein Auseinanderbrechen des Binnenmarktes und der gesamten Union.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Ska Keller (Spree-Neiße KV); Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)